



Niederschrift

25. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. Juni 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 12 der Tagesordnung: Verwendung der Fördermittel aus dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)

Vorlage: 2026/0400

Punkt 12.1 der Tagesordnung: Streichung von "Klimaschutzkonzept" aus der Projektliste und Ersatz durch verschiedene "nachrückende Maßnahmen"

Änderungsantrag AfD

Punkt 12.2 der Tagesordnung: Verwendung der Fördermittel aus dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)

Änderungsantrag FÜR

Punkt 12.3 der Tagesordnung: Verwendung der Fördermittel aus dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)

Interfraktioneller Änderungsantrag CDU, SPD, FDP, Freie Wähler, VOLT, KAL, FÜR

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt auf der Grundlage des Verwaltungsvorschlags die Maßnahmen die aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes im Rahmen des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes (LuKIFG) finanziert werden sollen.
2. Der Gemeinderat beschließt die Aufhebung der Sperrvermerke bei den Projekten 7.882187 Grundschule Grünwinkel, Modernisierung und GTE, 7.882026 Südschule Neureut, Ersatzneubau und GTE und 7.882713 Erich-Kästner-Schule, WC-Sanierung, die für eine LuKIFG-Finanzierung konkret priorisiert wurden. Der für die genannten Maßnahmen zusätzlich erforderliche Baubeschluss bleibt hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage (geändert): mehrheitlich zugestimmt (40 Ja, 4 Nein)

Änderungsantrag AfD: mehrheitlich abgelehnt (4 Ja, 39 Nein)

Änderungsantrag FÜR: mehrheitlich abgelehnt (1 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltung)

Interfraktioneller Änderungsantrag, Ziffer 2: mehrheitlich zugestimmt (28 Ja, 13 Nein, 3 Enthaltungen)

Interfraktioneller Änderungsantrag, Ziffer 1a: einstimmig zugestimmt (44 Ja)

Interfraktioneller Änderungsantrag, Ziffer 1b: mehrheitlich zugestimmt (32 Ja, 12 Nein)

Interfraktioneller Änderungsantrag, Ziffer 1c: mehrheitlich zugestimmt (32 Ja, 12 Nein)

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 12, 12.1, 12.2. und 12.3 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 9. Juni 2026:

Sie wissen alle: Das Sondervermögen der Bundesrepublik von 500 Milliarden wird zu bestimmten Teilen, nämlich zu 100 Milliarden, runtergebrochen auf Länder und Kommunen, und wiederum etwa zwei Drittel der Mittel werden vom Land Baden-Württemberg an die Kommunen in Baden-Württemberg weitergereicht, und das macht für die Stadt Karlsruhe etwas mehr als 200 Millionen Euro aus, die wir jetzt zur Komplettfinanzierung von Investitionsprojekten verwenden können, die wir auch ansonsten gar nicht anfangen und auch gar nicht umsetzen könnten. Diese Infrastrukturprojekte haben wir eigentlich der Prioritätenliste für die nächsten Jahre entnommen, denn die hatten wir teilweise sogar schon in '28, '29 oder auch später eingepreist. Wir wissen aber genau, dass diese Projekte auch in den kommenden Jahren voraussichtlich gar nicht möglich sein werden, weil wir diese Finanzmittel nicht haben, aber auch nicht als Kredite bekommen.

Gleichzeitig hat es aber auch die Chance mit sich gebracht, dass wir manches Projekt jetzt etwas zügiger umsetzen können, weil wir nämlich auf einen Schlag diese Mittel bekommen. Manche Projekte können wir jetzt schon in '26 in die Umsetzung bringen, oder in einen ersten Schritt der Umsetzung bringen. Manche Projekte werden auch bis '28, '29 brauchen, bis wir starten, weil hier noch entsprechende Vorplanungen erforderlich sind. Bei Gesamtanierungsanforderungen und auch wünschenswerten Investitionen von etwa 3 Milliarden wird aber deutlich, dass 200 Millionen herauszufischen schon eine Herkulesaufgabe ist und mit vielen Projekten zu rechnen ist, die natürlich jetzt erst recht hinten anstehen und was uns in vielen Bereichen sehr wehtut.

Ich darf mich hier auch für die sehr intensive Vorbereitung mit Ihnen als Gemeinderat, die wir nun seit der Haushaltsaufstellung '26/'27 im November und Dezember '25 hatten, aber ich darf mich auch bei der Verwaltung bedanken, dass wir jetzt doch insgesamt ein weitgehend voraussichtlich von Ihnen akzeptiertes Paket vorlegen und hier vor allem sicherstellen, dass die Mittel schnell abfließen. Denn alle Mittel, die erst in ein paar Jahren abfließen, sind durch Inflation und steigende Baukosten weniger wert, als wenn ich sie jetzt heute sofort einsetzen könnte. Und von daher macht es viel Sinn, jetzt sehr zügig ranzugehen.

Es wird oft auch in der bundesweiten Diskussion über dieses Sondervermögen gesagt: Naja, wir haben ja zehn Jahre Zeit, es umzusetzen, aber es weiß jeder, dass in zehn Jahren diese Mittel deutlich weniger wert sind als heute. Deswegen werden wir alles daransetzen, sie so zügig wie möglich in die Umsetzung zu bringen, und können uns damit aber auch eine Kreditscheibe Investitionen jetzt in den nächsten Jahren leisten, die wir ohne dieses Sondervermögen gar nicht ernsthaft hätten angehen können. Insofern auch noch mal an Landes- und auch an die Bundesebene vielen Dank, dass wir überhaupt diese Option bekommen. Es wird hinten raus dann noch dramatischer mit unserer Finanzsituation. Das will

ich damit gar nicht verhehlen, aber das ist jetzt erst mal ein Aufatmen für eine gewisse Zeit, dass wir überhaupt noch im Bereich der Schulen, im Bereich der Kindertagesstätten, im Bereich der Brückensanierung, im Bereich des Klimaschutzes manches anpacken können, was sonst voraussichtlich gar nicht möglich gewesen wäre.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Da möchte ich mich direkt anschließen und mich zunächst bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und bei Ihnen, Frau Finanzbürgermeisterin, bedanken im Namen der Verwaltung. Sie haben uns in den letzten acht Wochen quasi tagesaktuell Rede und Antwort gestanden, in den Pfingstferien immer wieder Termine angeboten und sämtliche Sachfragen in kurzer Frist dann mit uns diskutiert. Und das ist vielleicht auch ein Beispiel dafür, oder ein Grund dafür, auch wenn wir diese Debatte nachher in Teilen vielleicht kontroverser führen, dass doch jetzt bei einem Volumen von 200 Millionen Euro des Sondervermögens effektiv nur ein Projekt, die Sporthalle Südenschule in der Größenordnung von 10 Millionen, ernsthaft zur Disposition gestellt wird hier in dem Gremium, aber über 90 Prozent der Gesamtliste, der Gesamtprioritäten der Verwaltung hier wahrscheinlich doch in sehr einhelliger Meinung dann nachher auch verabschiedet werden. Das ist durchaus ein Symbol für die gute Zusammenarbeit, auf der wir aufbauen müssen, denn diese Priorisierung von Investitionsvorhaben ist in den kommenden Jahren eine Aufgabe, die weiterhin vor uns steht. Denn dieses Sondervermögen in Höhe von 200 Millionen Euro, das rettet uns jetzt effektiv über den Haushalt für das Jahr 2026. Eigentlich bräuchten wir dieses Sondervermögen, diese 200 Millionen, in jedem Jahr, in den Folgejahren, um unser Investitionsprogramm, was in einer Größenordnung von bis zu 3 Milliarden geht, abzuarbeiten. Das heißt: Weitere Vorhaben, die eigentlich 2027 starten sollten, oder gar in den Folgejahren, sind damit noch bei Weitem nicht abgedeckt, und wir haben damit heute keine Garantie, dass wir sie so anfangen können wie ursprünglich geplant.

Wir wissen nicht, ob wir es schaffen, die notwendigen Sanierungen, die Ersatzneubauten zu finanzieren, die eigentlich vor uns stehen. Und das trifft auf alle Kommunen in Deutschland zu. Wir sind da bei Weitem nicht alleine, und wir sind auch allein nicht in der Lage, uns selbst aus dieser Lage herauszumanövrieren. Da sind wir ganz eindeutig auf die Unterstützung und auf die Verantwortung des Bundes angewiesen, den Kommunen hier aus dieser Schieflage herauszuhelfen. Wir wollen aber abschließend vor allem auch noch mal betonen, dass wir dieses vorgeschlagene Vorgehen der Verwaltung, jetzt nur 90 Prozent des Sondervermögens auszuzahlen oder zu verbuchen, unterstützen wollen, und dass uns das auch wirklich wichtig ist, dass wir darüber nachher, wenn es sowieso durch den einen Änderungsantrag noch mal zur Diskussion steht, auch noch mal explizit beschließen. Wenn wir jetzt diese 90 Prozent verplanen, dann haben wir eine relativ große Sicherheit, dass wir die Maßnahmen, die drinstehen, auch abarbeiten können, und dass wir nicht zwischen durch Maßnahmen, die wir heute hoch priorisieren, dann doch wieder rausstreichen müssen. Und diese Sicherheit sollten wir uns nicht nehmen. Zu weiteren Projekten und Themen sicherlich nachher noch in der zweiten Runde.

Stadtrat Hofmann (CDU): Auch von unserer Seite aus wirklich ein großer Dank an die Vorarbeit, vor allem an die Verwaltung, denn ich glaube, wenn man sieht, dass von dieser großen Anzahl an Projekten, ich glaube, es waren 25 Projekte, wirklich bei 24, auch die Notwendigkeit gesehen wird, bei allen politischen Unterschieden, sieht man schon, dass wir hier an einem Strang ziehen. Es ist richtig, Kollege Löffler, wir bräuchten eigentlich jedes Jahr 200 Millionen, um diesen Stau irgendwann sukzessive abzuarbeiten, aber wir haben

sie nicht. Das muss man einfach leider Gottes zur Kenntnis nehmen, und genau deswegen ist diese Priorisierung, die wir heute vornehmen, dringend notwendig.

Und genau da sind wir jetzt mit unserem Änderungsantrag rangegangen. Das heißt nicht, das eine ist besser als das andere, sondern einfach: Wir müssen werten, und das ist nun mal ein Problem, wenn eine bestimmte Summe nur zur Verfügung steht. Da ist uns natürlich die ein oder andere Maßnahme, die wir jetzt reingenommen haben, dann wichtiger als die andere. Ich denke aber, es ist vor allem wichtig, dass man auch sieht, bei der Südhalle, wie übrigens schon 2022, wo auch schon diese Reparatur war - damit ich wirklich es noch mal ganz klar sage – geht es um die Reparatur, nicht um eine Sanierung. Das nennt man im normalen Gebrauch bei uns vielleicht auch so, aber in Fachkreisen ist es keine Sanierung, das weiß ich mittlerweile, sondern es ist nur eine Reparatur in dem Fall. Es ist wichtig, dass trotzdem die Halle wieder nutzbar gemacht werden kann und dass wir dadurch im Prinzip alle Projekte, die wir jetzt dann drauf haben, auch entsprechend umsetzen können. Natürlich hat es nicht die Wertigkeit, die ein Neubau hätte, aber ich möchte daran erinnern, die Nancyhalle wurde 1967 erstellt mit einer Lebensdauer von circa zehn Jahren. Sie steht heute im Übrigen immer noch. Also von daher muss man genau solche Prioritäten vielleicht auch mal entsprechend setzen.

Ich bin völlig bei dem Kollegen Löffler: Wir sollten diesen Puffer auch einhalten. Aber ob der jetzt 10,1 oder 9,5 Prozent ist, ich glaube, das ist eine fließende Variante, die wir mit einnehmen müssen. Das können wir sowieso nicht genau sagen, weil wir das Tempo der Umsetzung nicht entsprechend bestimmen können. Von daher, glaube ich, ist es ein großer Schritt, den wir heute gehen, denn wir haben die Mittel zur Verfügung, wir müssen sie schnell einsetzen, um auch dort entsprechend tätig zu werden. Und ich glaube, wir haben eine gute Auswahl jetzt getroffen, und ich glaube vor allem, dass wir mit unserem Änderungsantrag auch noch mal die Dringlichkeit, insbesondere im Bereich der Kita-Erstellung Geigersberg, noch mal eine entscheidende Komponente auch gesetzt haben. Denn gerade das, und auch die Ganztageseinrichtungen oder die WC-Anlagen, sind dringend notwendig, um hier schnell Abhilfe zu schaffen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Wir haben es im Prinzip alle gerade durch die Blume gesagt: Wir als Kommune befinden uns nach wie vor im freien Fall. Was wir eigentlich bräuchten, wäre ein Fallschirm, der uns bremst, der uns stoppt, der uns sanft auf der Erde landen lässt, aber in Wirklichkeit bekommen wir den nicht vom Bund gereicht an der Stelle, sondern was wir bekommen, und entschuldigen Sie vielleicht dieses Bild, das ich jetzt verwende, eine Markise. Der ein oder andere weiß, welches Bild, ich meine. Sie stellen sich einen Comic vor, und der Held oder die Heldin fällt aus dem Fenster und fällt und fällt und fällt, und auf einmal taucht eine Markise auf, und der ungeübte Zuschauer denkt: Ah, das ist jetzt das, was den Fall bremst und stoppt, aber in Wirklichkeit, wir wissen alle, der Held oder die Heldin ploppt auf dieser Markise auf, es wird kurz gebremst, und danach geht es im freien Fall weiter, und im Prinzip so fühlt sich die Situation heute an.

Was kann man jetzt dem Fallenden raten? Man kann ihm raten, dass er die Fläche des Körpers möglichst groß macht, um viel Bremswirkung zu haben, und das ist das, was wir im Prinzip, und wir haben es gerade gehört, in dem breit angelegten partizipativen Prozess jetzt in den letzten Monaten auch gemacht haben. Wir haben geguckt, wie wir diese 200 Millionen möglichst breit anwenden können, und wir sind sehr glücklich über diese Liste, denn sie trägt eine sehr klare soziale Handschrift. Wir legen den Fokus auf Kinder, auf

Jugendliche, Schulen, Kitas, die Kinder- und Jugendbibliothek. Es sind ganz viele wichtige Projekte drin, es sind Neubauten drin von Schulen, auf die wir schon lange warten, die Anne-Frank-Schule, die Südschule in Neureut, alles ganz wichtige Maßnahmen, die wir uns eigentlich ohne diese Markise aus dem Bundeshaushalt nicht hätten leisten können.

Wir wollen diese Priorisierung konsequent weiterführen. Der Kollege Hofmann hat im Prinzip gerade schon erklärt, wie wir das machen wollen. Wir haben eben noch mal in einem sehr aufwendigen Prozess und auch mit langen Diskussionen innerhalb der Fraktionen, aber auch mit den anderen Fraktionen überlegt, ob es nicht doch noch die eine oder andere Maßnahme aus den Nachrückerlisten gibt, die doch irgendwie in diese Liste rein müsste, auch damit es dort weitergeht. Wir haben uns für diese drei Projekte entschieden, noch mal für die Einrichtung eines Ganztagsbetriebs in der Friedrich-Ebert-Schule, für die Toilettensanierung der Gutenberg-Schule und als Letztes für die Kita am Geigersberg. Einfach auch da, weil wir die Rückmeldung noch mal bekommen haben, es ist keine neue Kita, die wir bauen, sondern es ist ein Ersatzbau. Aber wir wissen, dass die beiden Einrichtungen, für die sie jetzt einen Ersatz darstellt, vom Raumprogramm schon lange nicht mehr dem entspricht, was der KVJS vorgibt, und schon dreimal nicht dem entspricht, was wir uns als Ziele im Raumprogramm gesetzt haben als Stadt. Deswegen aus unserer Sicht ein ganz wichtiger Schritt.

Wir wollen aber gleichzeitig den Eltern und den Kindern der Südschule einen klaren Ausblick geben und sagen: Wir geben diese Schulhalle jetzt nicht auf, sondern wir wollen gucken, auch gemeinsam mit der Verwaltung, wie wir sie so weit instand setzen, und ich hoffe, das ist das richtige Wort, aber ich bin mittlerweile auch komplett raus bei diesen Fachtermini, so weit instand setzen, dass sie weiter genutzt werden kann über die volle Fläche und möglichst barrierefrei. Und am Ende müssen wir in den Dialog gehen, wie wir das schaffen mit den vorhandenen Mitteln, und am Ende, ja, hoffentlich kommt da nicht die rote Karte noch mal für die eine oder andere Investition.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir als AfD-Fraktion sehen das alles etwas anders als meine Vorredner. Zum einen ist es so, dass der Bund die Kommunen sehr stark belastet mit Gesetzen, die dann nachher vom Bund bezahlt werden müssten, aber nicht voll oder zum Teil gar nicht bezahlt werden. Damit ist das Konnexitätsprinzip und das Subsidiaritätsprinzip verletzt, und das schon seit einiger Zeit, und deswegen haben die Kommunen diese Probleme. Ich nenne nur ein Stichwort: Unterbringung von Asylbewerbern, wo Kosten entstehen, die nicht vom Bund übernommen werden. Es gibt noch viele andere Bereiche, wo die Kommunen gezwungen sind, aufgrund von Bundesgesetzen mehr Geld auszugeben, als sie eigentlich haben.

Jetzt kommt die neue Bundesregierung daher und leiht sich richtig viel Geld, leiht sich Hunderte von Milliarden an zusätzlichen Euros. Und auch für die jungen Leute, die da oben sitzen, ab 2030 wird es den Bundeshaushalt beeinträchtigen, weil nämlich dann die Zinsen einen großen Anteil von dem ausmachen, was wir ausgeben. Mit dieser Maßnahme wurde der Schuldenstand der Bundesrepublik etwa verdoppelt. Wir kriegen jetzt als Kommune einen Teil von diesem Geld. Weil wir die ganze Zeit vom Bund bei vielen Dingen alleingelassen wurden, brauchen wir es dringend.

Wir sind aber der Meinung, dass es dann schon so ausgegeben werden soll, dass es bei den klammen Kassen, die wir haben, die notwendigen Dinge abdeckt. Dazu gehört aus

unserer Sicht nicht ein gar nicht definierter 10-Millionen-Anteil des Klimaschutzkonzeptes. Im Klimaschutzkonzept sind bis zu 75 einzelne Projekte und Maßnahmen enthalten. Und die Verwaltung legt sich nicht fest, welche Maßnahmen dann da ausgeführt werden dürfen oder sollen. Das passt überhaupt nicht zu dem Länder- und Kommunalinfrastrukturfinanzierungsgesetz, dessen Zuschüsse wir jetzt als Stadt in Anspruch nehmen sollen. Da muss ganz genau definiert sein, an welcher Stelle investiert werden soll. Mit diesen Sonderschulden, mit diesem Sondervermögen sollen Investitionen angeschoben werden. Die Denke dahinter ist: Wenn man viel investiert, kommt das Land wieder auf die Beine. Dann gibt es mehr Produktivität. Deswegen sollen das Investitionen sein. Investitionen können auch Sanierungsmaßnahmen sein. Investitionen können aber nicht irgendwelche dauerhaften Gehälter sein. Diese Kriterien sind einzuhalten.

Man muss deswegen genau wissen, welche Maßnahmen beschlossen werden. Deswegen haben wir den Änderungsantrag gestellt, diese 10 Millionen pauschal für Klimaschutz rauszunehmen, weil sie auch nicht dem Gesetz entsprechen. Wir wollen stattdessen zwei Projekte nach vorne schieben: Kita Geigersberg Neubau und Ludwig-Erhard-Schule. Brandschutz ist deswegen wichtig, weil am Ende Gebäude geschlossen werden können, wenn die Maßnahmen für den Brandschutz nicht ausreichend sind.

Stadträtin Geißinger (Volt): Ich glaube, zum nur kurzfristigen Geldsegen des Bundes wurde jetzt schon einiges gesagt, dass das langfristig hier keinen retten wird, ist auch klar. Eigentlich sind fast alle Kommunen pleite. Karlsruhe ist da keine Ausnahme. Und an der Stelle auch, ich glaube auch, wir machen hier eigentlich gar nichts Neues, sondern wir können zum Glück ein paar der Projekte, die wir ohnehin zwingend machen müssen, zum Glück wenigstens mit diesem Geld umsetzen. Ich glaube, das muss uns einfach klar sein.

Beispiel: die Anne-Frank-Schule in Oberreut. Da brauchen wir schon ganz lange eine neue Schule, und wir haben es ewig nicht hinbekommen, und jetzt steht sie auf der Liste drauf. Wir nutzen das Geld auch beispielsweise für Rechtsansprüche wie die Ganztagesbetreuung für Grundschulkinder, die wir umsetzen müssen. Ohne diese Gelder könnten wir noch weniger von diesem Anspruch umsetzen. Wir hoffen natürlich auf noch mehr Förderung, aber Stand jetzt können wir nur gucken, dass wir das Geld, was wir jetzt haben, auch am sinnvollsten ausgeben. Wir erwarten natürlich auch da wieder Baupreissteigerungen. Unerwartete Dinge passieren immer. Dann könnten wir noch weniger umsetzen, halten wir nicht für richtig. Da vielleicht schon mal zu den Änderungsanträgen vorgegriffen.

Grundsätzlich ist es natürlich nie sicher, dass auch wenn jetzt die Projekte draufstehen, wir am Ende alles schaffen. Aber wir können natürlich darauf hoffen, und wir können im nächsten Haushalt schauen, ob wir vielleicht noch andere Dinge umpriorisieren können. Daher auch vielen Dank für die Initiative zum interfraktionellen Antrag, auch noch mal Schulen und Kitas nach oben zu schieben, auch eine WC-Sanierung in einer Schule noch nach oben zu schieben. Genau das sind die Prioritäten, die wir brauchen. Dann bauen wir halt keine neue Sporthalle, sondern reparieren das Dach. Mit diesen Kompromissen müssen wir in Zeiten wie jetzt einfach auch leben. Auch wenn es nicht schön ist, auch wenn lieber auch da ein Neubau her sollte. Aber es geht einfach nicht. An der Zukunft zu sparen, wie es die AfD machen möchte, und einfach kein Geld in Klimaschutz stecken, ist für uns auf jeden Fall, der falsche Weg. Ich bin sehr froh, dass wir mit den demokratischen Fraktionen einen Kompromiss gefunden haben, mehr oder weniger fast die gleichen Projekte umzusetzen, ohne dabei am Klimaschutz zu sparen, weil da brauchen wir nur einmal kurz vor

das Rathaus gehen und wissen: Das ist eine ganz schlechte Idee, das noch weiterzumachen.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Unsere Fraktion möchte sich zuerst bei der Verwaltung, aber auch der Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen hier im Raum dafür bedanken, mit welchem Fingerspitzengefühl die Priorisierung durchgeführt wurde. Besonders freut es uns, dass die Anne-Frank-Schule in Oberreut endlich zum Zuge kommen kann, aber auch, dass wir die Möglichkeit haben, über diverse Fördertöpfe das wunderbare neue Konzept für die Stadtbibliothek umsetzen zu können. Nach wie vor sehen wir das eine oder andere Projekt auch weiterhin kritisch, hier spiele ich insbesondere auf den Straßenbau an, aber gerade die Finanzierung bereits begonnener Projekte oder Maßnahmen, die aus Verkehrssicherheitsgründen unverzichtbar sind, über Fördermittel zu finanzieren, ist richtig und verschafft uns Luft.

Wir haben lange diskutiert und mit uns gerungen, wie wir mit dem interfraktionellen Antrag umgehen, den wir durchaus verstehen, inhaltlich eigentlich auch teilen, aber im Umkehrschluss sehen wir auch, dass ein Neubau oder eine umfassende Sanierung der Sporthalle der Südenschule, die gleich mehrere Schulen nutzen werden, dadurch wirklich in weite Ferne rückt oder wahrscheinlich gar nicht realisiert wird. Eine notdürftige Instandsetzung, oder wie der Kollege Hofmann gesagt hat, Reparatur, ist unseres Erachtens nicht zukunftsfest. Demokratischen Mehrheiten mit für uns absolut nachvollziehbarer Intention möchten wir allerdings nicht im Weg stehen, wir werden uns daher an der Stelle enthalten.

Eine kurze Bemerkung sei mir noch erlaubt: Wer gerade jetzt, inmitten einer furchtbaren und lebensbedrohenden Hitzewelle, in der man die Auswirkungen der Klimakatastrophe am eigenen Leib spüren kann, noch immer meint, man muss am Klimaschutz sparen, dem ist wirklich nicht zu helfen.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Meine Fraktion möchte sich zuallererst, und das sage ich ganz mit Überzeugung, bei der Verwaltung bedanken, weil die Vorarbeiten, die in diesem Bereich gemacht wurden, waren keine Selbstverständlichkeit in den Ferienzeiten, auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch kein Zuckerschlecken, also von daher gesehen: von meiner Fraktion dafür mal herzlichen Dank. Dann gilt der Dank auch den Kolleginnen und Kollegen, die interfraktionell jetzt diesen Antrag auf den Weg gebracht haben. So, wie ich das jetzt verstanden habe, wird er auch eine Mehrheit nachher finden.

Wenn man was geschenkt bekommt, dann wird man sich jetzt heute normalerweise bedanken. Was von Bund an Land geht, und vom Land zu uns, müsste man, wenn man auf der Tribüne sitzt, sagen: Die Stadt Karlsruhe kriegt ein großes Geschenk und macht dafür tolle Dinge in dieser Stadt, man müsste Danke sagen. Nein, das tue ich nicht. Ich tue es nicht, und ich sage es mit ganzer Überzeugung. Der OB hat mit seinen Dezernatsleitungen diese Woche das Rathaus geschlossen, und man muss ganz ehrlich sagen, wenn man sich, wie ich, die letzten Jahre mit haushalterischen Dingen beschäftigt, dann ist es, was jetzt gerade vor uns liegt und noch weiter auf uns zukommt, eine Aufgabe, die für zukünftige Generationen hier im Gemeinderat keine einfache Sache wird. Und ich muss uns auch wirklich zugestehen: Wir haben die Zitrone als Stadt Karlsruhe jetzt zum wiederholten Male ausgepresst, liebe Öffentlichkeit. Ich sage gleich voraus, ich glaube nicht, dass noch Saft in der Zitrone ist.

Und das auch an unsere Leute in der Verwaltung: Wir haben schon verstanden, dass jetzt endlich irgendwann Schluss sein muss. Und da nehme ich das auf, was die Kollegen gesagt haben, es gibt jetzt irgendwie einen Rettungsschirm, einmalig, man wird von der Markise aufgefangen, einmalig. Ich sage ganz ehrlich, wenn ich sehe, was die Stadt Karlsruhe für Aufgaben in Kindergärten, in Schulen vor sich hat, schon der letzten Jahrzehnte, ich sage nur Anne-Frank-Schule, für diese Schule hat sich meine Fraktion die letzten Jahre immer verkämpft, weil ich sage mal, wer dort war und gesehen hat, wie es dort aussieht, der muss ganz ehrlich sagen, die steht seit Jahrzehnten schon auf der Prio-1-Liste. Herr Oberbürgermeister, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie sie jetzt hochgenommen haben, weil das wäre ein Treppenwitz gewesen. Es wäre auch sicherlich von einigen hier im Gemeinderat auch ausgeschlachtet worden, wenn wir das nicht gemacht hätten. Deshalb wunderbar, herzlichen Dank.

Die Kindergärten wurden auch schon angesprochen. Es werden zwei Kindergärten geschlossen, dafür ein neuer gebaut, in Durlach, und dafür sind wir auch sehr dankbar. Wenn man sieht, wie die Kindergärten, die alten, ausgesehen haben, ist das die einzig richtige Lösung für Durlach. Dafür herzlichen Dank.

Stadträtin Döring (KAL): Wir haben uns im Gemeinderat in den letzten Monaten ziemlich oft damit beschäftigt, was die Stadt Karlsruhe alles nicht mehr machen kann, weil uns das Geld fehlt, und wir werden das auch absehbar wieder tun. Umso schöner ist der heutige Tagesordnungspunkt, endlich mal was Positives, was Gestalten, was Neues ermöglichen, längst Überfälliges angehen. Aber da ist es schon wieder eben, das Aber. Wir stopfen mit den Maßnahmen auf der LuKIFG-Liste auch Löcher. Vieles steht schon lange auf der To-do-Liste der Stadtverwaltung. Wer sich in den letzten Jahren beispielsweise mit der Schulbauprioritätenliste beschäftigt hat, weiß: Die vielen Schulbaumaßnahmen sind richtig und wichtig, aber auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Neben den vielen anstehenden Modernisierungs- und Sanierungsbedarfen an unseren Schulen steht auch die räumliche Anpassung an den Ganztagsanspruch an. Dieser Liste sind harte Priorisierungen vorausgegangen, und auch meine Fraktion dankt der Stadtverwaltung für die Vorarbeit, dankt den Kolleginnen hier im Raum für die gute Zusammenarbeit und generell die Option, dass wir immer wieder nachfragen konnten, immer wieder uns informieren konnten.

Es ist nicht ganz unkomplex gewesen. Es wird aufgrund der Entscheidungen heute Freude geben. Es wird aber auch Enttäuschungen geben, Unverständnis und Nachfragen. „Warum wir nicht?“ Und das völlig zu Recht. Denn von den vielen Milliarden, die der Bund zugesagt hat, kommt dann eben bei den Kommunen nur relativ wenig an. Und das dann eben auch noch auf zehn Jahre gerechnet. Und Schwupps, sind auch 200 Millionen gar nicht mehr so viel. Die KollegInnen haben es schon ausgeführt. Es ist letztendlich so wenig, dass wir uns hier uneinig sind, ob 9 Millionen für eine Schulsporthalle jetzt aus diesen Mitteln finanziert werden sollen oder ob wir das Geld anders verteilen.

Meine Fraktion hat sich heute nicht gegen eine Schule entschieden. Wir haben uns für andere Maßnahmen entschieden. Auch uns ist es wichtig, dass in dieser Halle was gemacht ist. Unserer Fraktion ist es ein besonderes Anliegen, dass auch das Thema Barrierefreiheit, wenn wir jetzt nur diese Reparatur angehen, nicht aus dem Auge verloren geht. Die Logik dieser LuKIFG-Anträge gibt aber auch vor, dass die Maßnahmen mit dem gesamten förderfähigen Betrag eingehen und wir, wenn wir andere Mittel noch dazu akquirieren können, auch Mittel wieder freigeben. Wir kriegen immer wieder gesagt, das ist ein atmendes

System. Wir können da nachsteuern. Und deshalb ist es für uns auch ganz wichtig zu sagen: Es gibt die Möglichkeit nachzurücken. Auch da werden wir wieder priorisieren müssen. Auch das wird wieder nicht leicht werden.

Im Großen und Ganzen sind wir uns hier einig. Und deshalb, denke ich, ist es heute ein guter Tag. Jetzt müssen wir gucken, dass wir das Geld zügig ausgeben.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ihr Motto ist: So schnell wie möglich und so viel wie möglich. Ich sehe, die Verwaltung ist gestresst seit Monaten, seit Jahren. Hier werden ständig Listen abgearbeitet, priorisiert, und immer wieder von Neuem. Und wir bedanken uns immer ständig bei der Verwaltung für das, was sie Tolles macht. Und beim Gemeinderat natürlich auch. Ich sehe, dass wir das nicht beliebig weitermachen können. Wer so arbeitet, der macht Fehler. Deswegen sage ich: 20 Prozent Abschlag, 10 Prozent, bedeutet, dass alles ein bisschen langsamer geht. Herr Oberbürgermeister, in der Ruhe liegt die Kraft. Ruhig planen, souverän planen, zuverlässig planen ist besser als einfach nur was hinhudeln. In dieser Hudelei geschehen Fehler. Deswegen müssen wir langsamer arbeiten. Langsamer arbeiten bringt mehr Ertrag. Ich bin mir dessen bewusst, dass die Preise steigern. Ich bin mir dessen bewusst, dass wir nicht so viel umsetzen können, wahrscheinlich. Aber wir werden es wahrscheinlich aufgrund der Fehler sowieso nicht schaffen. Wir müssen ständig umplanen, Neues machen.

Deswegen mein Vorschlag: 20 Prozent Abschlag, geht es ein bisschen langsamer. Ein paar Projekte rutschen in die zweite Priorität rein. Aber wir werden sauberer und besser arbeiten. Also meine Einladung ist: Etwas Ruhe im Gemeinderat, etwas Ruhe in die Verwaltung und besser arbeiten und ruhiger arbeiten.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ich möchte an der Stelle noch mal etwas genauer auch unsere Position zu dem interfraktionellen Antrag noch mal ausführen. Wir haben lange darüber diskutiert, aber in der Form, wie er vorliegt, können wir ihn so nicht mitgehen, weil wir einfach die Sorge haben, dass es mit der vorgeschlagenen Dachsanierung in der Sporthalle der Südenschule eben nicht getan ist. Und wir laufen Gefahr, dass man vielleicht kurzfristig buchstäblich ein Loch stopft, aber dann die weiteren Probleme auftauchen und wir es dann irgendwann nicht mehr in den Griff bekommen und wir die Sporthalle dann entsprechend wieder schließen müssen und in Reparaturen vielleicht auch einfach ein bisschen Geld versenkt haben, das uns nicht weiterbringt.

Wir wollen es auch noch mal betonen: In der ganzen Priorisierung geht es jetzt auch nicht darum, dass wir das umsetzen können, was wir uns gerne vorstellen, was wir gerne hätten, was wir uns wünschen, sondern wir müssen leider priorisieren, im Rahmen dessen, was überhaupt möglich ist, noch umzusetzen. Ich glaube, das zeigt auch noch mal, dass es nicht darum geht, in der Sache einzelne Projekte abzulehnen, die erst mal als nachrückende Maßnahmen deklariert worden sind oder die jetzt in dem interfraktionellen Antrag auch nach oben gezogen werden sollen. Es gibt, glaube ich, für alles ausreichend fachliche und pädagogische Gründe, warum man es auf jeden Fall machen muss. Für uns war aber der Beweggrund vor allem auch in der Richtung, dass es uns jetzt sinnvoller erscheint, die etwas größeren Projekte abzusichern mit den Mitteln des Bundes und dann in kleineren Tranchen den kleineren nachrückenden Maßnahmen, die ja teilweise nur anderthalb Millionen, zwei Millionen kosten, dann eben auch schnell mit reinschieben zu können, weil durch die Abarbeitung dann ein Block von 7,9 Millionen frei wird an LuKIFG-Mitteln. Das

halten wir einfach für weniger realistisch, und dadurch besteht die Gefahr, dass ein solches Vorhaben dann halt wirklich in Gänze abgelehnt wird, weil wir es nicht mehr schaffen, das nachzurücken. Wir sehen die Chance viel größer, dass die kleineren Maßnahmen am Ende auch nachrücken können.

Von daher können wir diese Gesamtkonstellation des Änderungsantrags leider so nicht mitgehen, und wir werden auch je nach Abstimmung in Summe nicht mehr als sozusagen die 90 Prozent der LuKIFG-Mittel verausgaben wollen, sondern wir wollen da ernsthaft an dem Puffer festhalten. Von daher bitten wir auch um eine entsprechend getrennte Abstimmung der Punkte des interfraktionellen Antrags, und aus unserer Sicht wollen wir gerne mit dem weitestgehenden Teil des Antrags, nämlich der Streichung der Sporthalle, anfangen, bevor wir sozusagen nicht vorhandenes Geld dann für neue Maßnahmen verplanen.

Stadtrat Schnell (AfD): Zu dem Änderungsantrag hier einen Puffer von 20 Prozent vorzusehen, das ist eine hehre Idee. Es ist nur so, dass wir mit dem doch einige Sachen gar nicht erst auf die Liste nehmen können, wobei uns allen ehrlicherweise klar sein muss, dass die Liste, auch wenn der Ergänzungsantrag der Interfraktionellen durchgeht, dass wir das sowieso nicht alles finanziert werden können, weil die Preise, die für die einzelnen Projekte angegeben sind, die werden wir sowieso nicht halten können, die Sachen werden teurer werden. Deshalb, zwar gute Idee, hilft aber letztendlich nicht weiter, wir werden sowieso nicht alles von dem verwirklichen können.

Jetzt noch ein Thema mit dem Klimaschutz. Ich meine, es ist jetzt endlich mal anständig sommerlich warm, wir haben im Mai brutal gefroren hier, und zum Klimaschutz hatten wir vor einiger Zeit eine Anfrage gestellt, und die Stadt konnte uns nicht beantworten, wie die zig Millionen, die wir jedes Jahr für diesen Klimaschutz ausgeben, Ergebnishaushalt, was die denn tatsächlich für das Weltklima bewirken. Das ist nämlich alles nicht messbar. Deshalb ist es aus unserer Logik nur konsequent, dass man sagt: Dann lassen wir das bleiben, weil wir können damit sowieso nichts als Stadt Karlsruhe bewirken.

Und nochmals grundsätzlich zu Investitionen, ist es richtig, hat mein Kollege Dr. Schmidt schon gesagt, wir haben viele Sachen vom Bund aufgedrückt bekommen, ohne dass wir die entsprechenden Mittel dafür bekommen, aber wir machen auch Dinge, die wir nicht vom Land oder Bund verpflichtet werden zu realisieren, und für diese Dinge sollten wir eigentlich aus unserem Ergebnishaushalt mit einem Überschuss, der dort zu erwirtschaften wäre, also durch die Steuereinnahmen beispielsweise, oder die Mittel, die wir aus dem kommunalen Finanzausgleich bekommen, mit diesem Überschuss, der dort existieren sollte, in der Theorie, der bei vielen Kommunen lange Jahre auch üblich war, mit dem sollten wir eigentlich diese Investitionen finanzieren können, zumindest zum Teil. Was machen wir aber? Wir haben schon im Ergebnishaushalt jedes Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag als Defizit und unsere Investitionen finanzieren wir seit Jahr und Tag mit Krediten in Höhe von 200 Millionen, und wir sind mittlerweile, wenn man noch die städtischen Gesellschaften miteinbezieht, bei einem Schuldenstand in Karlsruhe von 3,3 Milliarden, und seit wir hier eben eine linksgrüne Mehrheit haben im Gemeinderat, das ist schon sehr lange, hat sich dieser Schuldenberg dramatisch vergrößert. Das muss man einfach mal feststellen, und solange wir im Ergebnishaushalt alle möglichen Spiel- und Lustprojekte unserer linksgrünen Mehrheit finanzieren, werden wir da auch auf keinen grünen Zweig kommen.

Stadtrat Müller (CDU): Herr Dr. Schmidt, Herr Schnell, dass Sie den Klimawandel, die Folgen des Klimawandels und damit einhergehend auch den Klimaschutz und das Klimaschutzkonzept - Sie und Ihre AfD - nach wie vor nicht verstanden haben, haben Sie abermals sehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Von dem her wissen wir letztendlich genau, wo Sie dabei stehen.

Herr Löffler, wir haben es uns nicht leicht gemacht. Das hat auch der Kollege Hofmann sehr dezidiert ausgeführt. Uns ging es tatsächlich nicht um eine Priorisierung nach Wichtigkeitsklassifizierung. Wir haben nicht das eine wichtiger davor gestellt als das andere. Uns ist alles gleichermaßen wichtig. Aber wir haben tatsächlich, und das wurde auch schon in vielen Redebeiträgen erwähnt, nur einen gewissen Anteil oder einen gewissen Teil an einer Summe, die wir in Sanierungen oder Neubauten tatsächlich in die Infrastruktur investieren können. Und dann haben wir gesagt: Okay, die Schulen, die Funktionalitäten der Schulen und auch der Kinderbetreuung, die Unterbringung der Kinder in den Kindertagesstätten, das ist eben ein elementarer Punkt auf dieser Liste, den wollen wir vorantreiben, ohne die Wichtigkeit anderer Sanierungsobjekte und Sanierungsbedarfe diesbezüglich dann auch negativ oder herunterreden zu wollen. Die sind alle gleichermaßen wichtig.

Sie haben es selbst in Ihrem Redebeitrag gesagt, man bräuchte in diesem Fall mehr oder weniger in regelmäßigen Zeitabständen eine finanzielle Zuwendung, um all die Aufgaben und den Investitionsaustau, den wir in unserer Stadt haben, abarbeiten zu können. Den haben wir nicht. Also müssen wir letztendlich dann auch das Hauptaugenmerk darauf legen, was wirklich dringlich, und nicht zu sagen sehr dringlich, ist. Und das haben wir mit dieser Liste, denke ich, dann auch getan. Zu dieser Verantwortung stehen wir, insbesondere auch mit den Kolleginnen und Kollegen, mit denen wir dann zusammen auch diesen interfraktionellen Antrag auf den Weg gebracht haben.

Lieber Friedemann, ich verstehe den Wortbeitrag, diesbezüglich auch das Ansinnen, etwas mit Vorsicht an die Sache heranzugehen und dann den Puffer sozusagen von 10 auf 20 Prozent hochzuschrauben. Dann habe ich allerdings schon ein bisschen vermisst eine klare, oder eine Klarstellung, eine Festlegung: Ja, okay, was muss denn dann von der Liste runter? Das hat mir letztendlich dann so ein Stück weit gefehlt, und von dem her glaube ich, schon, weil wir mit der LuKIFG-Liste eine dynamische Liste haben, einen dynamischen Prozess für die letzten Jahre, schließen wir von vornherein auch diesbezüglich auch in seiner Dynamik als Grundsatz die eine oder andere Komponente in einer eventuellen Verschiebung gar nicht aus. Und von dem her, glaube ich, sind wir mit dieser Änderung und mit diesem Änderungsantrag dann auch vollumfassend auf dem richtigen Weg. Ich bedanke mich abschließend bei den Kolleginnen und Kollegen für die interfraktionellen Zusammenarbeit an dieser Stelle.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich möchte noch mal ganz klar erklären, warum wir uns am Ende des Tages für die Kita Geigersberg entschieden haben, und auch gleichzeitig etwas vorwurfsvoll in die GRNE-Fraktion gucken, weil ihr erklärt hier, warum ihr euch für die Schule entschieden habt, aber ihr erklärt den Leuten nicht, warum ihr euch in dem Fall dann gegen die Kita Geigersberg entscheidet. Und ich möchte erklären, warum wir diesen Switch noch mal machen, möchte es noch mal unterstreichen. Wir haben die Situation in Geigersberg, ich habe es vorhin schon ausgeführt, wir haben zwei Einrichtungen, die nicht mehr den Standards entsprechen, wo wir, wenn wir in Zukunft auch nicht erklären, wo die Kinder denn untergebracht werden können, wenn wir keine Perspektive mehr aufzeigen, in

die Gefahr laufen, dass der KVJS irgendwann sagt: Dann ist es in dieser Einrichtung jetzt Schluss. Und dann laufen wir in ein Kita-Platzdefizit in Durlach rein, mit sehenden Augen.

Das ist eine Situation, die können wir heute hier nicht einfach so beschließen. Wir müssen eine Perspektive aufzeigen, und wir müssen die Planung voranbringen und gucken, dass wir dieses Problem gelöst bekommen. Wir haben den Vorteil, dass wir in der Sporthalle in der Südendschule, die wir auch nicht komplett ausblenden, es ist nicht, dass wir als antragstellende Fraktion sagen: Wir machen jetzt nur das, und das andere lassen wir weg. Da haben wir einen Strohalm, an den wir uns klammern können, und der heißt eben Instandsetzung. Wir wissen, dass es passieren kann, dass wir das eine Werk angehen, und dann fällt im Winter die Heizung aus und im nächsten Sommer gehen die Fenster nicht mehr auf oder was weiß ich. Ich weiß, das kann eine Riesenflickschusterei werden, aber am Ende des Tages ist es unsere Chance, trotzdem dieses Risiko einzugehen, weil wir wollen eben nicht die Augen verschließen vor dem einen Projekt und uns auf das andere konzentrieren, sondern wir sagen: Wir gehen jetzt mit voller Kraft das Projekt an, für das es keine Alternative gibt, und das ist für uns die Kita Geigersberg, und bei dem anderen gucken wir einfach, ob wir auch mit kleinen Schritten etwas weiterkommen. Das wollte ich an der Stelle noch mal klarstellen.

Zum Kollegen Schmidt möchte ich auch noch mal ganz deutlich sagen, das haben Sie hier wie Ihren gewöhnlich passierenden großen Exkurs in die Bundespolitik gemacht. Sie haben es so schön erklärt, dass der Bund wortbrüchig geworden sei. Er behauptet, das Sondervermögen sei eine Investition in die Zukunft des Landes und würde auch immer wieder gleich einen Return on Invest oder so was geben, eine Rendite, eine unmittelbare. Ich finde, das zeigt so schön die Geisteshaltung von Ihnen und Ihren Parteikolleginnen und Parteikollegen. Wir stecken dieses Geld fast ausschließlich in Bildung, in Schulen, in Kitas, in Bibliotheken. Das ist doch eine Investition in die Zukunft unseres Landes, und das zeigen ganz viele Studien, dass gerade wenn wir starke Bildungseinrichtungen haben, starke Betreuungseinrichtungen, dass das doppelt und dreifach später wieder zurückkommt in unsere Nation, und das ist das, möchte ich an dieser Stelle einfach ganz deutlich sagen.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Lassen Sie auch mich die zweite Runde nutzen, um noch mal ein paar Gedanken hier vorzutragen, die wir in unserer Fraktion natürlich auch diskutiert haben. Wir sind in einer außerordentlichen finanziellen Notlage, die wir, glaube ich, seit dem letzten Weltkrieg nicht mehr hatten. Wir haben eine Pro-Kopf-Verschuldung in Karlsruhe von Größenordnung 11.000 Euro. Das Konnexitätsprinzip ist verletzt. Es gibt jetzt vielleicht erste Hoffnungen auch, dass vielleicht in der neuen Landesregierung vielleicht ein Umdenken stattfindet. Das war auch sicherlich richtig, Herr Oberbürgermeister und liebe Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, dass Sie gestern an die Öffentlichkeit gegangen sind und die Lage auch noch mal ganz klar geschildert haben, in welcher Bredouille wir in Karlsruhe und die Kommunen im Allgemeinen sind. Der Bund hat jetzt diese Sondervermögen ausgerufen, und eigentlich sind es Sonderschulden, und wenn ich da oben die jungen Leute sitzen sehe, ihr da oben dürft dann irgendwann diese Schulden abtragen und ausbaden, und das lässt natürlich meine Fraktion auch mit einem unguten Gefühl zurück, und diese ganzen Diskussionen haben letztlich auch zum Ausscheiden der FDP aus der letzten Bundesregierung geführt, weil man da nicht die richtigen Prioritäten vielleicht gesehen hat.

Lieber Kollege Kalmbach, Ruhe reinbringen, ja, wir schaffen alle gern mit hohem Tempo, und es ist, glaube ich, auch nötig, dass wir mit hohem Tempo hier weiterarbeiten. Ich

verstehe diese 20 Prozent, ich bin sonst finanziell auch eher auf der konservativen Seite, aber ich denke, hier haben wir ein atmendes System, und das müssen wir nutzen.

Zu den Prioritäten, auch hier zu den Kollegen von der AfD, liebe Kollegen, wir sehen die Prioritäten natürlich bei den Schulen, und wir sehen sie in der frühkindlichen Bildung und wir sehen sie aber auch im Bereich Klima. Wir müssen natürlich im Klima konkret werden, Klimaanpassung, wo bringt es uns hier in Karlsruhe voran, wo kommen wir am schnellsten voran, und ich denke, da werden wir uns über die Prioritäten innerhalb dieses Klimapostens auch sicherlich noch unterhalten, aber das Klima ist uns natürlich auch wichtig.

Noch mal einige Sätze zum Thema Kita Geigersberg: Wir haben das auch intensiv im Ortschaftsrat und auch mit dem Stadtamt Durlach, mit der Ortsverwaltung, noch mal vorbeprochen. Es handelt sich bislang um die Kitas Ellmendinger Straße und Lußstraße, die absolut abgängig sind. Wir haben uns Material zeigen lassen, Bildmaterial zeigen lassen, ganze Räumlichkeiten können nicht mehr genutzt werden, im Keller kann nicht geschlafen werden, weil Feuchtigkeit dort eingebrochen ist, weil wir da fast schon eine Gesundheitsgefährdung haben, und hier denken wir, dass es absolut richtig ist, diese Kita jetzt nach oben zu holen und auch umzusetzen, denn es wird nicht nur aus zwei Kitas eine gemacht, sondern durch das Freiwerden des Grundstücks in der Lußstraße besteht auch die Möglichkeit, dort Wohnbebauung zu schaffen. Ein weiteres großes Problem, was wir in Karlsruhe haben. Das Nachbargrundstück hat schon die Volkswohnung in der Verwaltung und in der Vermietung, und es bestünde sicherlich die Möglichkeit, auf dem frei werdenden Platz dort auch Wohnbebauung zu schaffen. Das ist ein atmendes System, und den Gedanken wollte ich noch mal mitgeben.

Stadträtin Geißinger (Voll): Ich glaube, die zweite Runde zeigt noch mal, dass so eine kleine Liste dann doch tatsächlich viel Diskussionsbedarf beinhaltet und vor allem auch viele Gedanken, die hinten dran stecken. Was ist jetzt wichtiger? Was müssen wir jetzt machen? Was können wir vielleicht noch mal aufschieben? Reicht es, das Dach zu sanieren? Müssen wir die Kita machen? Können wir hier in Brandschutz vielleicht später ...? Es steckt ganz viel Arbeit von ganz vielen Menschen, an der ich an der Stelle noch mal Danke sagen möchte, in dieser Liste drinne. Ich möchte aber auch kurz klarstellen, wir reden immer von der Schule, der Schule, die wir jetzt da runternehmen potenziell mit dem Änderungsantrag. Es geht aber nicht um eine Schule. Es geht um eine Sporthalle. Es gibt Ausweichsporthallen, die sind vielleicht jetzt nicht supertoll, aber es gibt sie, und wir reparieren sogar noch das Dach, damit sie wieder vollständig funktioniert. Das vielleicht zur kurzen Ergänzung.

Zur Kita Geigersberg vielleicht noch kleine Anekdote an der Stelle. Bei Geigersberg denke ich persönlich immer: Ah, da geht es wieder um Prestigesachen. Aber nein, das stimmt tatsächlich nicht, wie es gerade die VorrednerInnen gesagt haben. Es geht darum, dass Durlach überhaupt genügend Kita-Plätze hat. Ein Rechtsanspruch, und der ist verdammt wichtig, wenn wir auch daran denken, was Betreuung am Ende bedeutet. Das bedeutet Gleichstellung, das bedeutet, dass Menschen arbeiten gehen können. Das bedeutet aber auch teilweise einfach pädagogisch wichtige Entwicklung von Kindern, die vielleicht im Elternhaus nicht das bekommen können, was sie bräuchten. Kita bedeutet viel mehr, egal wo in unserer Stadt.

Und ein letzter Punkt zum Thema Klima noch: Also 40 Grad als „nettes Sommerwetter“ zu bezeichnen, ist das Zynischste, was ich bisher von Ihnen über Klimaschutz gehört habe. Das

muss ich wirklich mal sagen. Also wir reden hier von Hitzetoten, von Seniorinnen, Babys, chronisch Kranken und armen Menschen, die sich keine Klimaanlage leisten können. Das ist ein 10-Millionen-Topf, der beim besten Willen nicht reicht, um unsere Erde vorm Klimawandel zu retten. Ich glaube, das sind wir uns bewusst. Aber das einfach zu streichen. Wenn jede Kommune 70 Millionen reingibt jedes Jahr, dann ist es doch auch ein Unterschied. Wenn jede Kommune 80 Millionen reingibt, dann umso mehr. Am Ende ist es ein Gesamtprojekt für alle Länder, für alle Kommunen, das wir gemeinsam stemmen müssen, wenn wir noch wollen, dass unsere Enkelkinder hier auch noch überhaupt leben können und sich nicht die Füße am Boden verbrennen. Insofern, ja, 10 Millionen sind vielleicht nicht viel, aber es ist besser als nichts. Und einfach zu sagen, na ja, als einzelne Person kann man nichts machen, finde ich wirklich kritisch, weil am Ende können wir alles immer nur gemeinsam schaffen.

Stadtrat Seidler (AfD): Kurzer Rückblick an Stadtrat Müller: Seit 60 Jahren ist jedes Jahrzehnt in Deutschland natürlich wärmer als das andere. Es geht nicht darum, dass wir irgendwie die Erwärmung, die langjährige Erwärmung infrage stellen. Es geht um die Effizienz von Klimaschutzmaßnahmen. Und da haben wir etwas sehr Interessantes im letzten Mai im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit erfahren, dass nämlich 2024 die Emissionsreduzierung von Treibhausgasen um 3,1 Prozent nur zurückgegangen ist. Von diesen 3,1 Prozent waren 14 Prozent, also zusammen 0,4 Prozentpunkte, auf städtische Klimaschutzmaßnahmen zurückzuführen. Da stellt sich die Frage der Effizienz. Darum geht es. Klimaanpassung, da sind wir auch dafür, mehr einzusetzen. Ich würde auch nicht von Klimaanpassung reden, sondern Verbesserung des Mikroklimas, das kleinräumliche Klima. Das können wir als Stadt beeinflussen, aber nicht das globale oder kontinentale Klima. Da sind wir viel zu klein.

Der Vorsitzende: Damit sind wir am Ende der Rednerliste. Jetzt kommen wir um die Abarbeitung der verschiedenen Anträge. Da brauchen wir ein bisschen Konzentration. Wir fangen jetzt mit den Anträgen an, die noch mal systemisch zu betrachten sind. Der Antrag, der systemisch zu betrachten ist, ist der Antrag von Herrn Stadtrat Kalmbach, dass wir statt 10 Prozent 20 Prozent Sicherheitsabschlag hier vornehmen sollten. Unter Ziffer 2 haben Sie nicht ganz ausgeführt, was dann da runter und rauf kommt. Aber jetzt nehmen wir es mal als Gesamtheit und stellen ihn hier zur Abstimmung. Ich möchte noch einmal darauf verweisen, so steht es auch in unserer Stellungnahme drin, dass wir bei den einzelnen vorgegebenen Kosten durchaus auch für Unvorhergesehenes etwas drin haben. Aber wir wissen natürlich auch noch nicht, wie in drei, vier Jahren der Baukostenindex sein wird. Sie kennen dieses Risiko, das uns schon mehrfach eingeholt hat. Diesen Änderungsantrag von FÜR Karlsruhe stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte ...

Herr Dr. Schmidt, dann ist die Karte – ach so, Entschuldigung, ich habe nicht gesehen, dass Sie die Karte in der Hand haben. Alles klar. Also noch mal in aller Ruhe. Der Ergänzungsantrag von FÜR Karlsruhe, aus 10 20 Prozent zu machen, steht jetzt zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann gehen wir in die einzelnen Projekte rein. Der erste Antrag, der hier zur Diskussion stand und jetzt zur Abstimmung steht, ist der Antrag der AfD, dass wir die 10 Millionen für Klimaschutzmittel, diese Einzelmaßnahme aus der Liste rausnehmen. Und über diesen Änderungsantrag lasse ich jetzt abstimmen, und zwar ab jetzt. – Ja, da müssen wir dann anschließend darüber diskutieren, was, genau, Entschuldigung, Sie haben beides drin. Sie

haben auf der einen Seite vorgeschlagen, es rauszunehmen, und haben andere ... Sorry. Über beide Ziffern würde ich jetzt gemeinsam abstimmen, und zwar ab ... Jetzt müssen wir leider noch mal kurz warten. Sorry, das war von mir etwas kurz zusammengefasst. Also Änderungsantrag der AfD, und über den stimmen wir jetzt ab. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommt der interfraktionelle Änderungsantrag CDU, SPD, FDP, Freie Wähler, Volt, Karlsruher Liste und FÜR Karlsruhe. Es gab den Wunsch, dass wir die getrennt abstimmen und dann auch noch die Ziffer 2 vorziehen, was, glaube ich, logisch ist, weil wir können kein Geld ausgeben, das wir noch nicht haben. Hier geht es darum, dass Sie vorschlagen, die Südendschule, den Neubau, aus der Liste rauszunehmen und dass Sie hier von einer Sanierung sprechen. Sie haben es dahingehend präzisiert, dass es um die Reparatur des Daches, um die Ertüchtigung der Beleuchtung und wir brauchen noch einen Anprallschutz an den Heizungen geht. Und verbunden damit ist die Überprüfung, dass wir den barrierefreien Zugang in irgendeiner Form sicherstellen oder herstellen. Diese Ziffer 2 steht jetzt zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Annahme.

Herr Dr. Huber möchte feststellen, dass er auch zu den Ja-Sagern in dem Fall gehört, nämlich 28 dann zu 12. Ich glaube, ich habe es richtig interpretiert. Okay. Also 28 zu 12 wird dieser Änderungsantrag angenommen.

Frau Klingert hat ... Vertippt? Was wollten Sie denn tippen? Auch „ablehnen“. Okay. Also sind wir bei 28 zu 13. Dann stimmt es wieder. Und die 28 stimmen aber jetzt auch. Okay. Also 28 zu 13 wird der Änderungsantrag angenommen.

Damit können wir unter der Ziffer 1 die Projekte aufrufen, und da gab es die Bitte, dass wir die getrennt abstimmen. Deswegen rufe ich jetzt 1a auf: Die Kita Geigersberg kommt von der Reserveliste in die Hauptliste. Das steht jetzt hier zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist Einstimmigkeit.

Dann rufe ich auf die Ziffer 1b: Gutenbergschule WC-Sanierung kommt von der Reserveliste in die Hauptliste. Das ist der Antrag, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Annahme. Jetzt gucken mal alle, ob Sie richtig abgestimmt haben. Okay.

Jetzt rufe ich auf 1c, die Friedrich-Ebert-Schule-Ganztagseinrichtung. Das käme von der Reserveliste auf die Hauptliste, und darüber stimmen wir jetzt ab, und zwar ab jetzt. – Auch das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Damit kommt die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung, die an mehreren Positionen geändert worden ist, nämlich die Kita-Geigersberg-Neubau, die Gutenbergschule-WC-Sanierung und die Grundschule-/Friedrich-Ebert-Schule-Ganztagseinrichtung geht von der Reserveliste auf die Hauptliste, und die Südendschule Neubau der Sporthalle geht ganz aus der Liste raus. Wir machen eine Reparaturleistung. Ich hatte die Bereiche aufgeführt, und wir prüfen das Thema Barrierefreiheit und müssen Ihnen dann einen Vorschlag machen, wie wir damit umgehen. Sie haben jetzt die 10 Prozent gerissen, die wir eigentlich als Grenze drin hatten. Nicht groß, aber Sie haben sie gerissen. Wir können es dennoch als Verwaltung jetzt erst mal so akzeptieren, weil wir nicht alle Maßnahmen gleichzeitig beginnen und deswegen nicht am Ende plötzlich in ein paar Jahren feststellen, es fehlt uns was

und wir können irgendeine Maßnahme nicht abschließen. Ich werde Ihnen deswegen aber aufnötigen, dass wenn die 10 Prozent irgendwann mal erkennbar nicht ausreichen, um die noch zu beginnenden Maßnahmen abzuschließen, wir uns spätestens dann noch mal kritisch über diese zu beginnenden Maßnahmen unterhalten müssen. Aus Logik heraus werden wir uns bei der Haushaltsaufstellung '28, '29 sowieso noch mal über die Maßnahmen unterhalten müssen, die wir noch nicht begonnen haben, denn die sind ja wieder Teil des gemeinsamen Haushaltsbeschlusses, den Sie dann auch verabschieden müssen. Das vielleicht noch mal zur Erläuterung.

Insofern gibt es an dieser Stelle noch keinen unauflösbaren Widerspruch mit dem, was wir mal an anderer Stelle auch vereinbart haben. Die so veränderte Beschlussvorlage der Verwaltung stelle ich jetzt damit abschließend zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine große Mehrheit.

Ich darf mich für die sehr ausgewogene Diskussion insgesamt, für die Vorbereitung in der Verwaltung, aber auch für Ihre Begleitung dieses Prozesses ganz, ganz herzlich bedanken. Ich glaube, wir haben jetzt einen großen Aufschlag gemacht und kriegen viele Projekte in Karlsruhe in die Spur. Die dahinterstehenden nicht im Moment förderfähigen und auch nicht wahrscheinlich umsetzbaren Projekte haben wir aber auch natürlich weiter im Auge.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:54 bis 17:26 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
3. Juli 2026